

Jakob Graf*

Erneuerung durch Protest

Erfolge und Rückschläge der Linken in Chile¹

Zusammenfassung: Chile ist in den vergangenen Jahren politisch deutlich nach links gerückt. Dies hat vor allem mit der Intensivierung einer Vielzahl von Protesten und sozialen Bewegungen in den 2010er-Jahren zu tun. Die soziale Rebellion Ende 2019 erschütterte das neoliberalen Modell nachhaltig und verlieh einer Linken links der Sozialdemokratie starken Aufwind. Allerdings scheiterte zuletzt der maßgebliche politische Prozess, der eine neue Verfassung erarbeiten und diejenige der Militärdiktatur ersetzen sollte. Der vorliegende Artikel erörtert die Gründe für den Aufstieg der Linken in Chile sowie die Ursachen ihrer jüngeren Rückschläge.

Schlagwörter: Chile, Lateinamerika, soziale Bewegungen, linke Regierungen, soziale Klassen

Revival through Protest

Successes and Setbacks of the Left in Chile

Abstract: Chile turned politically to the left in recent years. This has primarily to do with the intensification of a variety of social movements and protests in the 2010s. The large social uprisings at the end of 2019 permanently shook the neoliberal model and gave a strong boost to a more radical left than the social democracy. However, most recently, the political process to draft a new constitution in order to replace the one of the military dictatorship failed. This article discusses the reasons for the rise of the Chilean left and the causes of its recent setbacks.

Keywords: Chile, Latin America, Social Movements, Left Governments, Social Classes

* Jakob Graf promoviert an der Friedrich-Schiller-Universität Jena zu sozial-ökologischen Konflikten in Chile und ist Mitglied der Redaktion der PROKLA.

¹ Vielen Dank an Anna Landherr und die Redaktion der PROKLA für hilfreiche Kommentare, kritische Einwände und Anmerkungen.

Im Oktober 2019 waren die Medien hierzulande voller Berichte über die sozialen Proteste in Chile. Innerhalb kürzester Zeit fluteten Millionen Menschen Chiles Straßen und legten das Land lahm. Die Protestdynamik hatte sich seit den 2010er-Jahren zunehmend intensiviert. Ende 2019 vereinten sie ihre mobilisierenden Kräfte gegen die vielfachen Krisenfolgen des neoliberalen Systems und konnten erst im Rahmen der Coronapandemie im Jahr 2020 gestoppt werden (Graf/Landherr 2021; Palacios-Valladares 2020; Pizarro 2020). Allerdings blieben die Massenproteste nicht wirkungslos. Sie strahlten auf ganz Lateinamerika aus (Tauss/Boos 2020), polarisierten die politische Landschaft Chiles, führten Ende 2021 zur Wahl des linken Präsidenten Gabriel Boric und erzwangen einen institutionellen Prozess, der die aus der Militärdiktatur stammende Verfassung ersetzen sollte (Graf 2021). Die politische Dynamik in Chile löste auch hierzulande große Hoffnungen aus (Dörre 2021: 265ff; Brand 2022).

Die politischen Ereignisse in Chile seit den frühen 2010er-Jahren sind aus mehreren Gründen bemerkenswert: Erstens durchbrachen sie die gelähmte politische Stimmung nach dem Ende der Diktatur (1990) und führten zu einer starken Politisierung im Land. Zweitens verbannte der *estallido social*² von 2019 die alten Parteien der besitzenden Klasse zwischenzeitlich auf die Zuschauerränge wichtiger politischer Institutionen. Drittens erschütterten die Proteste das neoliberale Modell, dessen Vorreiter Chile seit den 1970er-Jahren darstellte und dessen Strahlkraft in Lateinamerika von großer Bedeutung ist. Viertens brachten die Proteste eine neue Linke als relevante Kraft hervor, die aus einem Bündnis aus ökologischer, sozialer und feministischer Bewegung besteht, damit zentrale politische Felder der linken Politik verbindet und Anfang 2022 sogar Regierungsverantwortung übernahm. Fünftens sind die chilenischen Proteste interessant, weil die von dem sozialdemokratischen Parteienbündnis enttäuschten ärmeren Bevölkerungsklassen nicht, wie in vielen Zentrumsländern, nach rechts rückten (Eribon 2016; Hochschild 2018), sondern sich nach links wandten (Akram 2021: 80f.).

Ende 2022 berichteten die Medien hierzulande wieder über Chile, allerdings vor allem über den herben Rückschlag, den die chilenische Linke verdauen muss: ihr Scheitern im Referendum vom September 2022, bei dem die Mehrheit der Chilen*innen gegen die neue Verfassung stimmte, die auch von der linken Regierung befürwortet und von direkten Volksvertreter*innen geschrieben worden war. Zudem sind neben dem Scheitern des Verfassungsreferendums schon jetzt weitere Rückschläge der Regierung in einigen zentralen Zielsetzungen sowie ein drastischer Rückgang ihrer Beliebtheitswerte

2 Der *estallido social* – wörtlich übersetzt: sozialer Ausbruch – bezeichnet die Massenproteste in Chile infolge des 18. Oktober 2019.

zu verzeichnen.³ Der große Erfolg der chilenischen Linken links der Sozialdemokratie wirft mehrere Fragen auf: Wie gelang es der Linken, sich in den großen Massenprotesten der letzten Jahrzehnte zu verankern, sie voranzutreiben und politisch von ihnen zu profitieren. Wie hat sie es geschafft, gegen die neoliberalen Vorherrschaft im Land einen deutlich linken Verfassungsprozess zu erkämpfen und warum scheiterte dieser schließlich? Außerdem ist von Bedeutung, was die Linke in anderen Ländern aus den politischen Entwicklungen in Chile lernen kann.

Um dies zu beantworten, zeige ich in einem ersten Schritt, dass die chilenischen Proteste seit den 2010er-Jahren mit einem spezifischen klassenpolitischen Gehalt zu tun haben, der durch diese Proteste mobilisiert wurde. Dieser basiert – so werde ich darlegen – auf der Politisierung der Reproduktionsbedingungen prekärer Haushalte im Kontext einer stark ausgeprägten neoliberalen Staats- und Wirtschaftsverfassung. Zweitens führe ich aus, wie aus den unterschiedlichen Bewegungen der 2010er-Jahre im *estallido social* ein verbindender Antagonismus gegenüber der herrschenden Klasse des Landes entstanden ist. Dieser Antagonismus – so wurde schon früher gezeigt (Landherr/Graf 2017; Graf/Landherr 2020) – bildet sich zwischen dem einfachen Volk – dem *pueblo* – und der besitzenden Klasse heraus und dreht sich um die extreme Kommodifizierung von Natur und sozialen Infrastrukturen im Neoliberalismus (Pizarro 2020). Ebenso zeichne ich nach, wie dieser verbindende Antagonismus in einen politisch mobilisierten Antagonismus überging, und warum dieser links politisiert werden konnte. Drittens beleuchte ich die Verlagerung des Schwerpunkts der politischen Auseinandersetzung von der »disruptiven Macht« (Piven 2008) auf der Straße und der Formen der kulturellen und diskursiven Macht im Rahmen der Proteste zu Auseinandersetzungen um institutionelle Macht in den politischen Institutionen. Schließlich gehe ich auf eine dieser Auseinandersetzungen um die Institutionalisierung linker Politik genauer ein, nämlich das Scheitern des verfassungsgebenden Prozesses im Jahr 2022. Der Beitrag endet mit einer eigenen Einschätzung der aktuellen Lage der Linken in Chile.

Der latente soziale Antagonismus: Die Privatisierung der Reproduktionsbedingungen prekärer Haushalte

Am 11. September 1973 putschte das chilenische Militär unter Führung von Augusto Pinochet gegen die sozialistische Regierung von Salvador Allende.

³ Ursprünglich strebte die Regierung beispielsweise eine Beendigung des Ausnahmezustands in den indigenen Gebieten an. Vgl. zu den aktuellen Beliebtheitswerten CADEM 2022.

Die Arbeiter- und Bauernorganisationen wurden verboten und ihre Führungspersonen genauso wie linke Intellektuelle, Mitglieder sozialistischer oder kommunistischer Parteien und Kulturschaffende, die Allende unterstützt hatten, verfolgt, gefoltert oder ermordet. Nach der Zerschlagung aller linken Kräfte strukturierte die Militärregierung unter Beteiligung der US-amerikanischen Chicago Boys die Wirtschaft nach neoliberalen Prinzipien um (Fischer 2011: 92ff.). Die staatlichen Unternehmen, der Gesundheitssektor, das Wasser, das Renten- und das Bildungssystem wurden privatisiert sowie die Wirtschaft deindustrialisiert und auf den Export von Rohstoffen ausgerichtet. Als Folge davon stellen heute Primärgüter knapp 86 Prozent aller chilenischen Exporte dar (CEPAL 2021: 44). Darüber hinaus wurden seit der Diktatur Beschäftigungsverhältnisse prekarisiert und flexibilisiert und soziale Sicherungsmechanismen abgebaut (Julián Vejar 2014). Die Kommodifizierung und Privatisierung der sozialen Infrastrukturen und der ökologischen Ressourcen untergrub die Reproduktionsbedingungen chilenischer Haushalte nachhaltig. Nicht nur wurden nicht-kapitalistische Produktionsweisen – insbesondere auf dem Land – zerstört, sondern auch Arbeitsmärkte zunehmend dereguliert und die Lebenshaltungskosten stiegen zunehmend. Um die Aufwendungen für Bildung oder Gesundheit zu bezahlen, müssen sich Chilen*innen heute in der Regel stark verschulden. Die Folgen der neoliberalen Umstrukturierung für die einfache Bevölkerung bestehen demnach neben hohen Lebenshaltungskosten in niedrigen Löhnen, einer hohen Informalität, prekären Arbeitsverhältnissen und einer enormen Privatverschuldung (Graf/Landherr 2020: 475f.).

Der prekären Lage der breiten Bevölkerung steht eine kleine besitzende Klasse gegenüber. Diese wird auf etwa 500 Haushalte geschätzt, die mittels ihrer Familienkonglomerate große Teile der einheimischen Wirtschaft sowie des Exports kontrollieren (Fischer 2011: 150ff.). Sie bilden das 0,01 Prozent der Bevölkerung, auf das etwa zehn Prozent des Nationaleinkommens entfallen (Matamala 2015: 27). Die besitzende Klasse überschneidet sich stark mit der politisch herrschenden Klasse des Landes (ebd.: 136–146, 277ff.; Landherr/Graf 2017: 578ff.). Dies wird beim ehemaligen chilenischen Präsidenten Sebastián Piñera besonders deutlich, der in Harvard studierte, danach mit der massenhaften Vergabe von Kreditkarten an die chilenischen Konsument*innen ein Milliardengeschäft machte und heute zu den Reichsten des Landes gehört.⁴ Die Unterschiede zwischen der einfachen Bevölkerung und den besitzenden Klasse spiegeln sich also nicht zuletzt in einer massiven

4 Forbes listet die Familie Piñera mit einem Vermögen von 2,6 Milliarden US-Dollar auf Platz 1077 weltweit. Vgl. <https://www.forbes.com/>.

sozialen Ungleichheit innerhalb der chilenischen Gesellschaft wider.⁵ Neben den konkreten Unterschieden in den Lebensverhältnissen beruht der dauerhafte soziale Klassenantagonismus vor allem darauf, dass die besitzende Klasse ihre Profite aus der Privatisierung sozialer Infrastrukturen und der ökologischen Ressourcen sowie aus den prekären Arbeitsverhältnissen und aus der hohen Privatverschuldung schlägt. Dies änderte sich auch in den Jahren nach der Militärdiktatur nicht.

Die Transition zur Demokratie in Chile, die in den 1990er-Jahren in Chile einsetzte und von einem sozialdemokratischen Bündnis angeführt wurde, entpuppte sich bald als ein Projekt der Eliten. Diese wollten einen möglichst stabilen Übergangsprozess, der ein hohes Maß an politischer, kultureller und vor allem wirtschaftlicher Kontinuität sowie den Ausschluss von wichtigen oppositionellen Akteuren und sozialen Bewegungen aufweisen sollte. Für die besitzende Klasse war der Prozess der allmählichen Demokratisierung unter Beibehaltung aller neoliberalen Grundsätze ein Erfolg. Die Wirtschaft wuchs in den 1990er-Jahren um durchschnittlich sechs Prozent pro Jahr, die Exporte verdoppelten sich, die ausländischen Direktinvestitionen stiegen von 660 Millionen US-Dollar im Jahr 1990 auf fast 8,8 Milliarden im Jahr 1999 und die Staatsverschuldung ging von 43 auf 13,7 Prozent zurück (Gárate 2016: 382f.).⁶ Aber auch die Armut war rückläufig und sank von 45 Prozent Ende der 1980er-Jahre auf 21,7 Prozent Ende der 1990er (ebd.: 385).

Gleichzeitig blieb die soziale Ungleichheit auf konstant hohem Niveau, die Arbeitsgesetzgebung mitsamt dem Streikrecht der Diktatur wurde unter den demokratischen Regierungen noch restriktiver gestaltet (Salazar 2017: 309–315), und die Arbeitslosigkeit schwankte seit Mitte der 1990er Jahre stets zwischen 6 und 11 Prozent.⁷ Die 1990er-Jahre lassen sich als eine Zeit der aus der Diktatur übernommenen politischen Lähmung, der Despolitisierung und der politischen Inaktivität des einfachen Volkes beschreiben. Die Wahlbeteiligung – gerade unter den jungen Menschen – war deutlich rückläufig (Gárate 2016: 414). Die Kultur der Diktatur, die Skepsis gegenüber den Parteien, der politische Klientelismus und die eingeschränkte Öffentlichkeit, in der über Politik nur hinter vorgehaltener Hand gesprochen wurde, wirkten noch fort und die enge Verbindung zwischen politischer und besitzender Klasse führte zu einer zunehmenden Delegitimierung aller politischen Institutionen und Parteien (Larraín 2014: 205–209).

5 Vgl. »Income Inequality«, <https://data.oecd.org/>.

6 Zu den ausländischen Direktinvestitionen vgl. »Foreign direct investment, net inflows«, <https://data.worldbank.org/>.

7 »Unemployment, total (% of total labor force) (modeled ILO estimate) – Chile«, <https://data.worldbank.org/>.

Der mobilisierte Antagonismus: Von Protesten der Schüler*innen zur Oktoberrebellion

Gegen alle Erwartungen brach die gelähmte politische Stimmung in dem vermutlich neoliberalsten politischen System des Globus in den 2000er-Jahren allmählich auf. Die zunehmenden sozialen Proteste kratzten am makellosen Bild des chilenischen Vorzeigemodells. Die Proteste der Schüler*innen machten ab 2006 den Anfang und demonstrierten gegen das neoliberalen Schulsystem (Donoso 2013). Waren es zunächst konkrete Probleme, die die Proteste an unterschiedlichen Orten auslösten (ebd.: 10f.), so richteten sie sich bald grundsätzlich dagegen, dass private Geschäftsleute mit der Bildung Profite machen (Bellei u.a. 2014: 430). Auf die Proteste der Schüler*innen folgten im Jahr 2011 massenhafte Studierendenproteste, die sich gegen die hohen Gebühren des privaten Bildungssystems richteten. Viele von ihnen waren aufgrund der hohen Studiengebühren hoch verschuldet (ebd.). Die Proteste der Schüler*innen und Studierenden wurden von der breiten Bevölkerung unterstützt und brachten spätere politische Führungsfiguren und Organisationen hervor.⁸

Die 2010er-Jahre brachten aber nicht nur Proteste in den Städten mit sich, sondern mobilisierten auch die sozialen Bewegungen in den weit abgelegenen ländlichen Regionen. 2011 versammelten sich die Menschen in der südchilenischen Region Magallanes zu großen Protesten, Demonstrationen und Blockaden, nachdem das staatliche Erdölunternehmen die Gaspreise erhöhte. 2012 kam es in der Region Aysén zu Massenprotesten und Straßenblockaden gegen die Ausbeutung ihrer ökologischen Ressourcen, die zum Nachteil der lokalen Bevölkerung erfolgte (Radovic 2013). 2016 riegelten die Gewerkschaften der Fischer das ganze Inselarchipel Chiloé vom Festland ab, als die lokale Bevölkerung die Lachsindustrie für ein breites Fischsterben verantwortlich machte (Mondaca 2021: 166). Wie auch schon bei den Schüler*innen- und Studierendenprotesten sowie in Magallanes und Aysén gab es ein langjährig bewährtes Repertoire der Konfliktaustragung, das aus Demonstrationen, Straßenblockaden, Barrikaden und der Besetzung von Land und Gebäuden, aber auch aus Hungerstreiks, Petitionen, *ollas comunes* (Volksküchen) und offenen Versammlungen besteht. Während in den Städten Chiles um die Kosten der privatisierten sozialen Güter gekämpft wird,

⁸ Beispiele dafür sind Camila Vallejo von der kommunistischen Partei, die heute Ministerin im Generalsekretariat der Regierung ist, oder der heutige Präsident Gabriel Boric. Außerdem brachte die Studierendenbewegung schließlich das 2017 gegründete Parteienbündnis Frente Amplio hervor.

geht es in den ländlichen Regionen vorwiegend um ökologische Ressourcen, um die Folgen der Rohstoffausbeutung durch Großunternehmen und um territoriale Kontrolle. Gleichzeitig überschneiden sich die Ziele auch in vielen Punkten, so waren eine verbesserte Bildung und niedrige Preise für Güter des alltäglichen Bedarfs ebenfalls Teil des Forderungskatalogs bei den Protesten in Aysén (Radovic 2013). Zugleich wird auch in den Städten um Land und Zugänge zu öffentlichen Räumen gekämpft. So besetzten die *pobladores* seit vielen Jahrzehnten Land rund um Städte, um sich dort niederzulassen (Salazar 2017: 169ff.).⁹

In den 2010er-Jahren kam es in Chile insgesamt zu einer stetig steigenden Zahl an manifesten und medial präsenten Konflikten (Garretón u.a. 2017: 6f.). Die größten Proteste spielten sich in den regionalen Hauptstädten und in Santiago ab. Betrachtet man die Zahl der Konflikte allerdings im Verhältnis zur Bevölkerungszahl, so ist die Konfliktivität in vielen ländlich geprägten Gebieten besonders hoch (ebd.: 7f.). Die städtischen und ländlichen Bewegungen konvergieren vielfach nicht nur hinsichtlich ihrer sozialen Forderungen. Auch ökologische Probleme – wie Trockenheit und Dürre oder Luft- und Wasserverschmutzung – haben sich zunehmend zu einer allgemeinen Herausforderung in Chile entwickelt. Die Verbindung von ökologischen, territorialen und sozialen Forderungen in Stadt und Land wird vor allem an der zunehmenden Präsenz der Symbole der Mapuche-Bewegung bei Protesten im ganzen Land deutlich. Ihre Kämpfe gegen die industrielle Forstwirtschaft lebten seit den späten 1990er-Jahren stark auf und intensivierten sich in den 2000er-Jahren. Schon damals wurden die Mapuche in zunehmendem Maße Projektionsfläche für politische Aktivist*innen in Chile und Symbol für das rebellische Aufbegehren gegen die Mächtigen im Land (Schmalz u.a. 2022). Die Forderungen, die Aktionsformen und die beteiligten Akteure bei den Protesten in Chile bilden ein weites Feld. Die traditionellen betrieblichen und normierten Konflikte um Lohnhöhe und Arbeitsverhältnisse im kapitalistischen Sektor machen nur einen kleinen Teil der Konflikte aus (Garretón u.a. 2017: 11f.). In der Breite kommt es vielmehr neben klassischen Lohnfragen zu allgemein geteilten sozialen Forderungen, die sich auf die sozialen Infrastrukturen wie den öffentlichen Transport, das Gesundheits-, Renten- und Bildungssystem sowie hohe Lebenshaltungskosten beziehen, aber auch auf den Umgang mit den indigenen Völkern sowie auf die Geschlechtergerechtigkeit.

⁹ Die Zahl dieser Besetzungen hat in den 2010er-Jahren stark zugenommen, besonders seit der Coronapandemie. Waren es 2019 noch etwa 47.000 Familien in etwa 800 Landbesetzungen, lebten 2020 schon rund 81.000 Familien in fast 970 besetzten (BdCN 2021). Damit sind die hohen Zahlen aus den 1990er-Jahren nahezu wieder erreicht (ebd.).

tigkeit und feministische Themen (ebd.: 13ff.). Insgesamt ähneln die dominanten Konfliktformen weniger traditionellen Streiks als dem, was Joshua Clover unter den neuen riots zusammenfasst (Clover 2021).

Die Proteste, die am 18. Oktober 2019 in Santiago ausbrachen, entwickelten sich zu den größten sozialen Auseinandersetzungen und Demonstrationen in der Geschichte des Landes. Zuvor hatten sich seit April 2018 die Lebenshaltungskosten erneut erhöht. Die Preise für Strom, Wasser sowie das Gesundheitswesen waren ebenso stetig gestiegen wie Mautgebühren und Mieten (Albert/Miranda 2019). Ende 2019 wurden in Santiago zusätzlich die Preise für Metro-Tickets und öffentliche Busse erhöht. Tausende blockierten die U-Bahnstationen und riefen dazu auf, die Tarife nicht mehr zu zahlen. Es kam zu gewaltvollen Auseinandersetzungen mit der Polizei, zu brennenden U-Bahnstationen sowie zu Plünderungen der Geschäfte großer Kaufhausketten. Überall entstanden Straßenbarrikaden und Protestzüge. In den folgenden Tagen, Wochen und Monaten gingen Millionen Menschen auf die Straße, blockierten im ganzen Land Straßen und besetzten öffentliche Plätze. Die Proteste ebbten nicht ab, obwohl der damalige konservative Präsident Sebastián Piñera den Ausnahmezustand ausrief, das Militär und Panzer auf die Straßen schickte und nächtliche Ausgangssperren verhängte. Hunderte Menschen wurden verletzt, viele starben in den folgenden Auseinandersetzungen mit den staatlichen Sicherheitskräften und erst die strengen Quarantäneregelungen während der Coronapandemie konnten die Demonstrationen allmählich beenden (Graf/Landherr 2021).

Der *estallido social*, der am 18. Oktober 2019 in Santiago seinen Anfang nahm, war eine Rebellion gegen das neoliberalen System (Pizarro 2020; Akram 2021: 36ff.). Die soziale Gruppe der Protestierenden reichte vom verschuldeten Studenten über den prekär beschäftigten Supermarktgehilfen bis zur armen Vorortbewohnerin. Es war von Beginn an ein Konflikt um soziale Ungleichheit und die äußerst prekären sozialen Reproduktionsbedingungen (semi-)proletarischer Haushalte. Dieser wurde gegen die besitzende Klasse um Lebenshaltungskosten, um die Wiederaneignung sozialer Ressourcen und öffentlicher Räume sowie um die Dekommodifizierung sozialer Güter und ökologischer Ressourcen geführt. Insofern kann er als Klassenkonflikt verstanden werden (Graf/Landherr 2020: 485f.). Er war aber nicht nur ein riot der Prekären, sondern in hohem Maße ein Aufstand der chilenischen Frauen. Deshalb ist nicht verwunderlich, dass die größte Demonstration dieser Zeit mit zwei Millionen Beteiligten alleine in Santiago am 8. März 2020 stattfand.¹⁰ Die Choreographie »Un violador en tu camino« der chilenischen

10 »Movimiento feminista sigue haciendo historia«, <https://www.elmostrador.cl/> (8.3.2020).

Gruppe *Las Tesis* wurde überall auf den Plätzen chilenischer Städte und bald auch weltweit aufgeführt. Dabei richtete sich die Performance nicht nur gegen gewalttätige Männer, sondern markierte als politischen Gegner explizit »die Polizei, die Gerichte, den Staat und den Präsidenten«, das heißt die repressiven Staatsapparate (Devaud 2021: 29).

Das individuelle Scheitern am neoliberalen Versprechen, dass breite Teile der Bevölkerung durch einen persönlichen Aufstieg am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben könnten, wurde vom Druck stetig steigender Lebenshaltungskosten begleitet. Für die breite Mehrheit derjenigen, die durch ein Studium versuchen, innerhalb des kapitalistischen Sektors ein gutes Einkommen zu finden, führte die chilenische Realität auch in den 2010er-Jahren vorwiegend in prekäre Arbeitsverhältnisse und hohe Privatverschuldung (Schneider 2013: 176). Die soziale Reproduktion von Haushalten innerhalb des kapitalistischen Sektors ist für große Teile auch der urbanisierten chilenischen Gesellschaft nach wie vor kaum möglich und stürzte viele Chilen*innen in die weit verbreitete Privatverschuldung (González 2017: 82ff.). Das individuelle Scheitern an der neoliberalen Realität wurde Ende 2019 zu einer kollektiven Erfahrung und transformierte sich in eine gemeinsame Identität. Der *estallido social* war eine Bewegung der Bewegungen: Er bündelte die Akteure von den (ehemaligen) Schüler*innen über die Rentner*innen bis hin zu den ökologischen und feministischen Bewegungen, die allesamt in den 2010er-Jahren an Kraft gewonnen hatten. Insofern kulminierten eine Reihe von Konflikten und Akteuren in einem verbindenden Antagonismus, der der Oktoberrevolution Ende 2019 seine Breite, Größe und Kraft verlieh. In diesem Prozess wurde aus der sozialen Zugehörigkeit zum einfachen Volk (*pueblo*) die politische Klassenidentität des *pueblo* (Graf/Landherr 2020: 478f.).¹¹

Gramsci in Chile: Kultur und Gegenhegemonie

Zu Beginn der Proteste war eine Haltung gegenüber der Politik dominant, die sich mit Antonio Gramsci als »Geist der Abspaltung« beschreiben lässt. Die starke Abneigung gegenüber den politisch und wirtschaftlich Herrschenden und ihren politischen Projekten seit dem Ende der Militärdiktatur kam in Slogans wie »Nur das Volk hilft dem Volk« oder »Es sind nicht 30 Pesos, sondern 30 Jahre« zur Geltung.¹² Allerdings drückte sich der Alltagsverständnis vieler Men-

¹¹ Die Bedeutung der Identität des *pueblo* in linker Politik ist nicht gleichzusetzen mit linkem Populismus (Boos 2018).

¹² Die 30 Pesos beziehen sich auf die Preiserhöhung der Metrotickets und die 30 Jahre auf die Zeit seit der Diktatur, in der am aus der Militärdiktatur übernommenen wirtschaftlichen Modell nur geringfügige Änderungen durchgeführt wurden.

schen auf den Straßen zu Beginn der Proteste auch durch ein Plakat aus, das sich durch die Medien verbreitete und auf dem stand: »Wir sind weder links noch rechts, sondern die von unten, die denen da oben auf den Fersen sind« (Akram 2021: 78).¹³ Es schienen »unpolitische« Proteste entlang einer Klassen-spaltung zu sein, bei denen sozial gesehen das prekäre Leben des *pueblo* dem gesättigten Leben und der Macht einer kleinen, äußerst wohlhabenden be-sitzenden Klasse gegenüberstand. Der Alltagsverständnis der Menschen auf der Straße war allerdings keinesfalls »unpolitisch« oder »weder links noch rechts«.

Mit Gramsci lässt sich feststellen, dass das Politische schon lange vor dem Betreten der institutionalisierten Sphäre der Politik beginnt. Linke Forderungen und Problemdiagnosen sowie die große Bedeutung linker Politiker*innen in der Geschichte des Landes sind im Alltagsverständnis der breiten Bevölkerung Chiles tief verankert. Gramsci betonte, dass der Kampf zwischen Hegemonie und Gegenhegemonie um den Alltagsverständnis und in bedeutendem Maße im Bereich kultureller Praktiken geführt wird (Gramsci 1999: 2108, 2111). Tat-sächlich ist die Identität des *pueblo* in der lateinamerikanischen und chilenischen Kultur sowie in der weitverbreiteten Erinnerung an die eigene Ge-schichte deutlich links besetzt. Das chilenische *pueblo* wurde in der sozialis-tischen Regierung von Allende zum ersten Mal zum öffentlich anerkannten politischen Subjekt. In dieser Zeit lebte dieses Subjekt auch kulturell eupho-risch auf, nicht nur, aber vor allem in der *Nueva Canción Chilena*,¹⁴ die fester Teil der Arbeiter- und Bauernkultur wurde. Lieder wie »El pueblo unido ja-mas será vencido« (»Das geeinte Volk wird nie besiegt werden«) wurden um die Zeit der Allende-Regierung geschrieben und nach dem Militärputsch zur Hymne des Widerstandes gegen die Diktatur. Auf den Demonstrationen des *estallido social* wurde das Lied massenhaft gesungen und verbreitete sich um die ganze Welt. Die starke Verankerung der linken Kultur in den Bewegun-gen und in der Klassenidentität des *pueblo*, trug dazu bei, dass die politische Artikulation der Proteste bald in einem linken Framing stattfanden. Darüber hinaus nahmen linke Akteure aus den Gewerkschaften der Lehrer*innen, des öffentlichen Dienstes und des Gesundheitssektors sowie aus der Bewegung gegen das private Rentensystem, die Organisationen der *pobladores*, die femi-nistische und ökologische Bewegungen sowie Mitglieder aus linken Parteien und viele andere von Beginn an an den Protesten teil.

13 Übersetzung im übertragenen Sinn von »No somos de izquierda, no somos de derecha, somos los de abajo y vamos por los de arriba.«

14 Die *Nueva Canción* (übersetzt: Neues Lied) ist eine Kulturbewegung in Lateinamerika, die ab den 1950er-Jahren auflebte, bis heute wichtige Volkslieder hervorbrachte und stark links geprägt war. Die wichtigsten chilenischen Interpreten waren Violeta Parra und Víctor Jara.

Der *estallido social* war folglich erstens durch den oben beschriebenen deutlichen sozialen Antagonismus zwischen *pueblo* und besitzender Klasse gekennzeichnet, der mit einer Stärkung der politischen Klassenidentität einherging. Diese Identität war zweitens auch durch die starke Präsenz der linken Kultur und der Reminiszenzen an die Regierungszeit Allendes in einer linken Richtung politisiert. Drittens handelte es sich um einen verbindenden Antagonismus, in dem auch andere Achsen der Ungleichheit Platz fanden. So waren die ökologischen Fragen, die Symbole der Mapuche sowie die feministische Bewegung in den Protesten äußerst präsent. Es handelte sich um einen verbindenden Antagonismus gegenüber der politisch herrschenden Klasse, der mit einem sozialen Klassenantagonismus gegenüber der besitzenden Klasse des Landes konvergierte.

Poulantzas in Chile: Die Verdichtung der Kräfteverhältnisse in den Institutionen

Die Massenproteste auf den Straßen verängstigten die herrschende Klasse. Die Frau des Präsidenten Sebastian Piñera schrieb in den sozialen Medien an ihr privates Umfeld: »Wir müssen einen kühlen Kopf bewahren, denn das, was kommt, könnte sehr, sehr schlimm werden. [...] wir sind überfordert. Das ist wie eine Invasion von Aliens. Ich weiß nicht, wie ich es sagen soll, aber wir haben nicht die Werkzeuge, sie zu bekämpfen« (Landeata/Herrero 2021: 78f.). Die Bezeichnung der demonstrierenden Massen als »Aliens« deutet darauf hin, dass die politisch Herrschenden, die soziale Bewegung sozial, aber auch politisch nicht recht zu fassen bekamen.¹⁵ Die Proteste hatten keine klaren Führungsfiguren, keine organisationalen Hierarchien und keine parteipolitischen Repräsentanten. Die Bewegung organisierte sich auf der Straße in Form der *primera línea* (»die erste Reihe«), die die Polizei zurückdrängte, am Rande zentraler Plätze in Form von selbstorganisierten Krankenstationen für die Verletzten sowie in den Wohnvierteln in Form von *cabildos*, die regelmäßige, lokale sowie offene Versammlungen darstellten. Gerade die *cabildos* bildeten in den Augen vieler diejenige Organisationsform, in denen sich auf die politische Grundausrichtung der Bewegung geeinigt werden sollte (Iglesias/Valdés 2020). Doch – wie Nicos Poulantzas feststellte – können soziale Kämpfe in kapitalistischen Gesellschaften nie in Reinform außerhalb des Staates

¹⁵ So reagierte die überforderte politische Rechte unter Präsident Piñera auf die Proteste auch weitgehend mit Zwang, was starke Erinnerungen an die Militärdiktatur aufkommen ließ. Die repressiven Staatsapparate blieben der rechten Regierung allerdings weitgehend treu, nur wenige Soldat*innen verweigerten den Befehl.

stattfinden: Ihre Kräfteverhältnisse, Akteurskonstellationen und jeweilige Strategien verdichten sich stets auch im Staat (Poulantzas 2002: 159, 172).

Der horizontale, inklusive Charakter und die Abwesenheit von polarisierenden Führungsfiguren verliehen der Bewegung zwar ihre Breite. Aber sie stellte auch eine große Schwäche dar, als versucht wurde, die »disruptive Macht« (Piven 2008) der Bewegung in institutionelle Macht und politische Gestaltung zu übersetzen. Zwar gaben die *cabildos* der sozialen Bewegung eine für eine gewisse Zeit fortdauernde politische Gestalt, allerdings trat die Regierung nicht mit ihnen in Verhandlungen über einen sozialen Frieden. Diese Rolle übernahm das linke Parteienbündnis *Frente Amplio*. Dieses einigte sich mit den Regierungsparteien Anfang Dezember 2019 ohne Beteiligung der sozialen Bewegungen auf einen »Acuerdo por la Paz Social y la Nueva Constitución« (»Einigung für den sozialen Frieden und eine neue Verfassung«). Dabei setzte sich *Frente Amplio* zwar in Bezug auf einen verfassungsgebenden Prozess durch, allerdings wurden ihr dabei Kompromisse aufgedrängt, die erste Zerwürfnisse zwischen ihr und den sozialen Bewegungen sowie den Protestierenden provozierten. Grund dafür war vor allem, dass das Friedensabkommen darauf zielte, die Proteste zu beruhigen und eine Reihe von Forderungen der Bewegungen aussparte. All dies kostete die Vertreter*innen des *Frente Amplio* schon früh Glaubwürdigkeit und führte nicht zu einer Abnahme der Protestaktivitäten.¹⁶

Als Ende Oktober 2020 in einem ersten Referendum darüber abgestimmt wurde, ob es zu einer neuen Verfassung kommen solle, stimmte eine große Mehrheit der Wähler*innen nicht nur für eine neue Verfassung, sondern auch für ein Verfahren, bei dem sich der künftige Verfassungskonvent aus Mitgliedern der Bevölkerung und nicht aus politischen Vertreter*innen der Parteien zusammensetzt. Die anschließende Wahl des Verfassungskonvents im Mai 2021 bedeutete eine krachende Niederlage für die Rechte. Es wurde deutlich, dass die Kräfte links der alten Sozialdemokratie im künftigen Konvent, der mit der Ausarbeitung der Verfassung betraut wurde, stark vertreten sein würden. Damit verdichtete sich in der Besetzung des Verfassungskonvents ein politisches Kräfteverhältnis, das der politischen Konjunktur nach dem *estallido social* entsprach und unter anderem dazu führte, dass der Verfassungstext, der schließlich 2022 vorlag, linke Positionen stark repräsentierte. Dass die Stärke der Linken im verfassungsgebenden Prozess nicht unbedingt ihren Zustimmungswerten in der breiten Bevölkerung entsprach, zeigte sich schon Ende 2021 bei den Präsidentschaftswahlen, als im ersten Wahlgang mit Antonio Kast ein ultrarechter Kandidat gewann. Dieser ver-

16 »Wieder landesweite Streiks in Chile«, <https://amerika21.de/> (28.11.2019).

sprach nach Jahren der Coronapandemie und der Proteste seit dem *estallido social* Ende 2019 Sicherheit, Stabilität und Ordnung mit harter Hand durchzusetzen. Mit seiner Kampagne sprach er den Wunsch vieler Chilen*innen nach einer Rückkehr zum »sozialen Frieden« und zu wirtschaftlichem Wachstum aus, weshalb Kast in den Wahlen zunächst sehr gut abschnitt. Gabriel Boric, der als ehemaliger Aktivist in der Studierendenbewegung selbst von den Protesten der 2010er-Jahre hervorgebracht wurde, gewann schließlich mit der Frente Amplio die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen gegen Kast. Seine Kampagne zielte auf sozialpolitische Maßnahmen, einen Dialog mit den indigenen Mapuche, mehr Umweltschutz und eine Unterstützung des Verfassungsprozesses.

Schon bald wurden allerdings die Grenzen der Veränderungsmöglichkeiten von der Regierungsbank her deutlich. Zwar wurde seither der Mindestlohn erhöht und eine Reform der Steuern und des Rentensystems wurden auf den Weg gebracht. Aber wurde im zentralen Süden wurde der Ausnahmezustand wieder erneuert, der es ermöglicht, das Militär gegen Proteste und Aktionen der Mapuche einzusetzen. Auch den Kampagnen der Rechten gegen die neue Verfassung und den Interessen der Wirtschaft scheint die Regierung wenig entgegenzusetzen.¹⁷ Die Umfragewerte der Regierung sanken schon wenige Wochen nach Regierungsantritt deutlich.

Die Machtressourcen der Bewegungen ergänzen und stützen die neuen institutionellen Machtressourcen der Linken in der Regierung nicht. In der Folge fehlt es der Regierung an Durchsetzungskraft. Ihre Minderheit im Senat, im Verfassungsgericht und in anderen politischen Bereichen schränkt ihr Regierungshandeln genauso ein wie die häufige kulturelle und soziale Nähe auch linker Politiker*innen zur alten Elite des Landes.¹⁸ Zwar versuchte das Parteienbündnis von Beginn an, die Bewegung innerhalb der Institutionen zu repräsentieren, allerdings verlor es schon lange vor dem Regierungsantritt – bei dem oben angesprochenen Friedensabkommen von Ende 2019 – ein erstes Mal deutlich an Vertrauen. Die generell schon überdurchschnittliche Skepsis gegenüber Parteien, die allesamt als Teil der in Santiago konzentrierten politischen Elite wahrgenommen werden, schloss immer

¹⁷ »Chile vor dem Referendum: Regierungsparteien beschließen Änderungen der Verfassung«, <https://amerika21.de/> (23.8.2022).

¹⁸ Die wird dadurch verstärkt, dass auch linke Politiker*innen als Teil der politischen Elite wahrgenommen werden. Auch der linke Präsident Gabriel Boric, ist nicht gerade ein Mann aus dem einfachen Volk, selbst wenn er weit entfernt ist zur besitzenden Klasse des Landes zu gehören. Er kommt aus einer besser gestellten Familie aus der Region Magallanes im Süden des Landes und besuchte dort eine der teuersten Schulen – vgl. »Boric antes de Boric«, <https://interferencia.cl/> (31.10.2021).

mehr auch die Frente Amplio ein. Die rückläufige Organizität im *pueblo* und in den Bewegungen sowie ein fehlender politischer Durchsetzungswille gegenüber der besitzenden Klasse hatte der Frente Amplio schon vor der Regierungsbildung den Vorwurf des Verrats an den Bewegungen eingebracht und seitens radikaler Mapuche auch die Kritik, eine Regierung aus »Hippies, Progressiven und Gutmütigen« zu sein.¹⁹

Zudem klafften während der ersten Monate der Regierung unter Boric immer wieder Widersprüche innerhalb des *pueblo* auf. Bei Themen wie Kriminalität und Migration zeigt sich permanent, dass das *pueblo* politisch gesehen keinesfalls ein homogener Akteur ist (Boris 2022). Das betrifft auch die sozialen und ökologischen Bewegungen. Beschäftigte der Gewerkschaften des Bergbaus protestierten gegen die Schließung einer Industrieanlage, gegen die wiederum die lokale Bevölkerung seit Jahren wegen deren umwelt- und gesundheitsschädlichen Emissionen protestiert.²⁰ Im zentralen Süden setzte auch die Regierung Boric nach anfänglichen und stümperhaften Versuchen des Dialogs mit den Mapuche, bei denen es zu Schüssen in die Luft kam, auf eine Verlängerung des Ausnahmezustands in einigen Gebieten.²¹ Aber nicht nur in dieser Hinsicht fehlen der jungen Regierung klare Rezepte. Ähnliches gilt auch für ihr wirtschaftliches Programm. Dabei gelingt es kaum, sich zwischen einer neoextraktivistischen Ausrichtung – der sozialen Umverteilung von Rohstoffeinnahmen bei gleichzeitiger Erhöhung der Rohstoffausbeutung – und einer antiextraktivistischen Perspektive, die in den Bewegungen stark ist, zu entscheiden oder einen eigenen Mittelweg zu finden. Dass sich die Regierung Boric im Oktober 2022 zudem nicht gegen das Freihandelsabkommen TPP 11 stellte, gegen das sich Regierungsvertreter*innen in den Jahren zuvor vehement aussprachen, enttäuschte viele Erwartungen.

Das Scheitern des Verfassungsreferendums oder die Linke in den Institutionen

Anfang September 2022 stimmte eine deutliche Mehrheit von fast 62 Prozent der Wähler*innen gegen den Entwurf einer neuen Verfassung. Die Chilen*innen wollten keine »woke Verfassung« hieß es in der Zeitung Die

19 »CAM a la izquierda ›hippie, progre y buena onda‹«, <https://www.biobiochile.cl/> (28.12.2021).

20 »Trabajadores de Codelco Ventanas protestan en rechazo a acusaciones por responsabilidad en episodio de contaminación en Quintero y Puchuncaví«, <https://www.latercera.com/> (8.6.2022).

21 »Recibida con disparos al aire la nueva ministra de Interior chilena en la zona roja del conflicto mapuche«, <https://elpais.com/> (15.3.2022).

Welt und »die Hälfte des Landes wurde ignoriert« einen Tag später in der Tagesschau.²² Damit scheint die deutsche Presse nicht vollkommen falsch zu liegen. Während 2020 an der Urne noch eine große Mehrheit eine von direkten Volksvertreter*innen geschriebene Verfassung forderte, schien der Verfassungsentwurf viele Chilen*innen nicht zu repräsentieren, und das gilt auch für viele arme Stadtviertel und Regionen. Die Chilen*innen stimmten allerdings nicht dagegen, dass es überhaupt zu einer neuen Verfassung kommt. Sie stimmten nicht gegen den Grundtenor der neuen Verfassung, die eine Ausweitung ihrer sozialen Rechte auf Wohnraum, Bildung und Gesundheit und einen stärkeren Schutz der Umwelt bedeutet hätte. Die Mehrheit der Chilen*innen votierte vielmehr gegen einzelne Passagen im aktuellen Verfassungsentwurf, die medial aufgebauscht wurden. Dies lag maßgeblich an einer Angstkampagne der Rechten gegen die Verfassung. Die Mittel für die Finanzierung der Kampagnen waren dabei äußerst ungleich verteilt. Die Kampagne für die Ablehnung vereinte in den ersten Wochen ganze 99 Prozent aller Gelder auf sich und dieses Ungleichgewicht blieb bis zuletzt erhalten (Arps 2022: 87).²³ Dabei wurden von der Rechten große Summen für die Meinungsmache in den sozialen Medien wie Instagram und Facebook ausgegeben (Segovia/Toro 2022). Die unterschiedliche finanzielle Ausstattung der Kampagnen wurde noch dadurch gesteigert, dass die besitzende Klasse mittels ihrer Kontrolle über private Medien nach wie vor bedeutende Teile der hegemonialen Macht im Land dominieren (Landherr/Graf 2017: 579). Die medial verbreiteten Lügen, wie beispielsweise, dass mit der neuen Verfassung den Menschen ihre Häuser weggenommen würden oder das Land durch die plurinationale Verfassung zerteilt würde, führten bei vielen dazu, dass sie aus Angst und Unsicherheit gegen den Entwurf stimmten (Equipo Ciper 2022).

Die Vermittlung der positiven Errungenschaften, die die Verfassung bedeuten würde, gelang der Linken nicht in ausreichendem Maße. Interne Zerstrittenheit, Skandale um einzelne Mitglieder des Verfassungskonvents und teilweise politische Unerfahrenheit hatten schon im Laufe des Ausarbeitungsprozesses einer neuen Verfassung, der kaum mehr als einem Jahr dauerte, das Vertrauen in den Konvent getrübt. Viele stimmten gegen die Verfassung, weil sie mit ihren weit über 100 Seiten zu lang, zu akademisch, zu kompliziert oder zu radikal sei. Die breiten Kampagnen der sozialen Bewegungen und der Regierung für die neue Verfassung waren ebenfalls durch

22 »Sie wollten das Land umbauen – doch die Bürger machen nicht mit«, <https://www.welt.de/> (5.9.2022); »Die Hälfte des Landes wurde ignoriert«, <https://www.tagesschau.de/> (5.9.2022).

23 »Han recibido sólo 1% de los aportes«, <https://www.biobiochile.cl/> (26.7.2022).

interne Differenzen überschattet. So erklärte sich die Regierung unter Boric wenige Wochen vor dem Referendum gegenüber den gemäßigten Parteien zu grundlegenden Änderungen an der neuen Verfassung bereit. Vor dem Hintergrund einer allgemeinen Unzufriedenheit mit dem Schlingerkurs der Regierung stimmten schließlich auch viele aus Ärger auf die Regierung unter Boric gegen die neue Verfassung. Schließlich konnten die Regierung und die gesellschaftliche Linke nicht vermitteln, dass das Leben der unteren Klassen durch die neue Verfassung besser werden könnte. Vielmehr gelang es der Rechten mit einer Angstkampagne die Stimmung zu verbreiten, dass die neue Verfassung das Leben der prekären Haushalte angesichts der aktuell steigenden Inflation und einer drohenden Wirtschaftskrise noch unsicherer machen würde (Arps 2022: 87f.).

Daher äußern sich auch Linke, die sich für den Verfassungsentwurf engagierten, inzwischen selbstkritisch. Man hätte im stark links dominierten Verfassungskonvent auch die politische Rechte stärker in die Ausarbeitung der Verfassung mit einbeziehen müssen, schreibt ein prominentes Mitglied des Verfassungskonvents. Dies hätte es die spätere Kampagne für die Zustimmung zum Verfassungstext erheblich erleichtert.²⁴ Andere betonen, dass verbindende soziale und ökologische Forderungen in der Diskussion über die neue Verfassung viel zu kurz gekommen und nur »identitätspolitische Fragen« und Differenzen innerhalb des *pueblo* diskutiert worden seien, statt den gemeinsamen Antagonismus zu betonen, der sich auch im Entwurf niederschlägt (Boris 2022; Svensson 2022). Themen der Schüler*innen- und Studierendenbewegung, der Menschen in den ländlichen Regionen, der ökologischen Bewegungen oder der Rentner*innen kamen zu kurz, obwohl sie einen wichtigen Teil der Verfassung bildeten. Demgegenüber wurde in konservativen Kreisen immer wieder das Thema des »ausufernden Abtreibungsrechtes« sowie des Konfliktes des Staates mit den radikalen Mapuche-Organisationen betont, die von Rechten als »Terroristen« diffamiert werden (Equipo Ciper 2022). Dass die neue Verfassung den Mapuche eine eigene Gerichtsbarkeit zugestehen und dem chilenischen Staat einen plurinationalen Charakter geben wollte, stieß vor dem Hintergrund des seit langem währenden polarisierenden Konfliktes in den Mapuche-Gebieten auf große Ablehnung.²⁵ Insofern gelang es zuletzt weder der Regierung noch dem Verfas-

24 »Perdón, retrocedimos«, <https://www.elmostrador.cl/> (2.10.2022).

25 »Fundador de Nuevo Camino: «Plurinacionalidad, autonomía de pueblos indígenas y los distintos sistemas de justicia dolieron mucho», <https://www.futuro.cl/> (6.9.2022). Die indigene Bevölkerung bildet im Unterschied zu Ländern wie Bolivien oder Ecuador, wo die Plurinationalität in die Verfassungen eingegangen ist, in Chile mit um die 13 Prozent nur einen weitaus geringeren Teil der Bevölkerung (Boris 2022).

sungsprozess, den verbindenden Antagonismus gegenüber der besitzenden Klasse in den Institutionen zu repräsentieren. Spaltende Fragen regionaler, ethnischer und identitätspolitischer Differenzen wurden überbetont und der verbindende Antagonismus rückte weitgehend in den Hintergrund. Anders als Beobachter*innen nahelegen (Boris 2022; Svensson 2022), werfen allerdings nicht identitätspolitische Themen an sich die Linke zurück. Diese waren innerhalb der sozialen Bewegungen der 2010er-Jahre stets präsent, wie die Verbreitung der Choreographie von Las Tesis oder der überall präsenten Flagge der Mapuche bezeugen. Vielmehr gelang es der Rechten mit ihren Kampagnen, die Spaltungspotentiale innerhalb des *pueblo* zu politisieren und den verbindenden Antagonismus zu demobilisieren.

Was die Linke lernen kann

Mit Blick auf die dargestellten Erfolge und Rückschläge der chilenischen Linken stellt sich die Frage, ob sich daraus Lehren für die Linke auch in anderen Ländern ziehen lassen. Meines Erachtens zeigt die politische Entwicklung in Chile, dass erstens massenhafte Proteste selbst unter widrigen politischen Bedingungen die Grenzen des politisch Machbaren deutlich verschieben und der Linken innerhalb und außerhalb der Institutionen – zumindest zwischenzeitlich – bedeutende Handlungsmöglichkeiten eröffnen können. Zweitens zeigt der chilenische Fall, dass es kein Selbstläufer ist, dass die Linke von diesen Protesten profitiert. Vielmehr hat dies mit ihrer tiefen Verankerung nicht nur in den sozialen Bewegungen, sondern auch im Alltagsverständnis sowie in der Kultur und Geschichte der unteren Klassen zu tun. Drittens zeigt die Darstellung der sozialen und ökologischen Proteste in Chile, welche Breite eine Linke gewinnen kann, wenn es ihr gelingt, einen verbindenden Antagonismus gegenüber der ökonomisch herrschenden Klasse politisch zu mobilisieren. Im dargelegten Fall wurde die soziale Kategorie des *pueblo* zu einem politischen Subjekt, das als Klassensubjekt eine inklusive Identität der vielen Bewegungen hervorbringen konnte. Das führte zu einem Erstarken einer linken Gegenhegemonie außerhalb und schließlich auch innerhalb der Institutionen. Viertens zeigen die aktuellen Entwicklungen in Chile aber auch, welche Schwierigkeiten es für die Linke bedeuten kann, wenn sie Gegenhegemonie in Hegemonie und disruptive Macht außerhalb der Institutionen in Gestaltungsmacht innerhalb der Institutionen überführen muss.

Der Übergang von disruptiver und gegenhegemonialer Macht in der Opposition zu institutioneller Macht der Linken in der Regierung und im Verfassungskonvent war von Beginn an nicht reibungslos: Einerseits weil es im Konvent wie in der Regierung zu einer Reihe von politischen Fehlern kam,

andererseits weil der mobilisierte Antagonismus auf der Straße nicht einfach in der Regierung repräsentiert werden konnte, sondern diese schon seit der sogenannten Einigung für den sozialen Frieden Ende 2019 durch Kompromisse immer wieder eine Verdichtung der Kräfteverhältnisse zu institutionalisieren versuchte und sich mit ihren Kompromissen von radikaleren Forderungen der Bewegungen entfernte. Dies lag auch daran, dass aus dem Wechsel linker Akteure von der Opposition auf die Regierungsbank eine Verlagerung der Konfliktustragungsorte und der Machtressourcen, die dabei zum Tragen kommen, sowie ein Hervortreten der Widersprüche zwischen der disruptiven Macht des *pueblo* und der institutionellen Macht der parteipolitischen Linken folgte. Dies führte gerade nicht zu einem konfrontativen, »rebellischen Regieren« gegen die besitzende Klasse, das die Massen zu weiteren Kämpfen anregen würde, sodass sie die Regierung vor sich hertreiben könnte (Goes/Bock 2017: 120ff.). Vielmehr kam es zu dauerhaften Differenzen und Problemen zwischen Regierung, Verfassungskonvent und der gesellschaftlichen Linken. Die generell schon unbeliebten politischen Institutionen, das unsichere Lavieren der Regierung in politischen Fragen der ersten Monate sowie die aktuell unsichere wirtschaftliche Konjunktur des Landes tragen zur breiten Unzufriedenheit mit der Linken in der Regierung bei. Das Ergebnis ist vor allem eine erneute Entfremdung des *pueblo* von der Politik und der linken Regierung. Durch den gescheiterten Verfassungsprozess sieht sich die Regierung unter Boric darüber hinaus um weitere politische Gestaltungsmöglichkeiten beraubt (Arps 2022: 88f.). Eines der proklamierten Ziele des *estallido social*, das sich in dem Slogan »Hier wurde der Neoliberalismus geboren, hier wird er sterben« ausdrückte, rückt nun in weite Ferne.

Die Repräsentationsprobleme der Linken in den Institutionen werden zudem dadurch verstärkt, dass Formen direkter Beteiligung des *pueblo* an der politischen Gestaltung, wie sie beispielsweise in Venezuela zeitweise unter der Regierung Hugo Chávez praktiziert wurden (Azzellini 2013) oder wie sie in Form der direkten Volksvertreter*innen im gescheiterten Verfassungskonvent zur Geltung kamen, unter der Regierung Boric nicht existieren. Eine Kombination von Politik von oben mit einer Politik von unten, wie sie andere linke politische Prozesse in Lateinamerika kennzeichnen (ebd.), bleibt bisher aus. Dabei bieten die chilenischen *cabildos* und die starken sozialen und ökologischen Organisationen durchaus ein Potenzial dafür, um die Durchsetzungskraft und Legitimierung der Politik in den Institutionen durch die Organisationen außerhalb zu stärken. Dies würde es ermöglichen, die Machtressourcen der Bewegungen produktiv in institutionelle Macht in der Regierung zu transformieren. Damit böte sich auch die Chance einer konfrontativeren linken Politik gegen die besitzende Klasse. Der verbinden-

de Antagonismus und die sich daraus ergebende verbindende Identität des *pueblo* sowie die Organizität der Linken in diesem politischen Subjekt könnten damit zurückgewonnen werden.

Literatur

- Akram, Hassan (2021): El Estallido. ¿por qué? ¿hacia dónde? Santiago.
- Albert, Catalina / Miranda, Benjamín (2019): Luz, agua, GES, Metro, TAG, arriendos y contribuciones: el tren de alzas que asfixió a los chilenos. URL: <https://www.ciperchile.cl/>, Zugriff: 8.11.2021.
- Arps, Anne Britt (2022): Chile und Brasilien: Vom linken Traum zur Realität. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2022: 84-90.
- Azzelini, Dario (2013): El estado comunal: consejos comunales, comunas, y la democracia en el lugar de trabajo. In: Revista Kavilando 5(1): 56-62.
- BdCN - Biblioteca del Congreso Nacional (2021): Campamentos en Chile. URL: <https://arcgis-webad.bcn.cl/>, Zugriff: 26.09.2021.
- Bellei, Cristián / Cabalín, Cristian / Orellana, Víctor (2014): The 2011 Chilean student movement against neoliberal educational policies. In: Studies in Higher Education. 39(3): 426-550. DOI: <https://doi.org/10.1080/03075079.2014.896179>.
- Boos, Tobias (2018): Ein Hut, zu viele Köpfe: Zu Geschichte und Theorie des Populismusbegriffs. In: PROKLA 190 48(1): 9-26. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v48i190.29>.
- Boris, Dieter (2022): »Rechazo« in Chile. In Z. URL: <https://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/>, Zugriff: 10.10.2022.
- Brand, Ulrich (2022): Chile als Avantgarde. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2022: 81-86.
- CADEM (2022): Encuesta Plaza Pública. URL: <https://cadem.cl/>, Zugriff: 5.10.2022.
- CEPAL – Comisión Económica para América Latina y el Caribe (2021): Anuario Estadístico de América Latina y el Caribe 2020. Santiago.
- Clover, Joshua (2021): Riot. Strike. Riot. Die neue Ära der Aufstände. Hamburg. DOI: <https://doi.org/10.4135/9781529714371.n66>.
- Devaud, Ana María (2021): El fin del feminismo. In: Le Monde Diplomatique Chile (Hg.): Reforma Agraria. Santiago: 27-30.
- Donoso, Sofía (2013): Dynamics of Change in Chile: Explaining the Emergence of the 2006 Pingüino Movement. In: Journal of Latin American Studies 45(19): 1-29. DOI: <https://doi.org/10.1017/S0022216X12001228>.
- Dörre, Klaus (2021): Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution. Berlin.
- Equipo Ciper (2022): 120 residentes de 12 comunas populares de la Región Metropolitana explican por qué votaron Rechazo. URL: <https://www.ciperchile.cl/>, Zugriff: 9.9.2022.
- Eribon, Didier (2016): Rückkehr nach Reims. Berlin.
- Fischer, Karin (2011): Eine Klasse für sich. Besitz, Herrschaft und ungleiche Entwicklung in Chile 1830-2010. Baden-Baden. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783845234199>.
- Gárate Chateau, Manuel (2016): La revolución capitalista de Chile (1973-2003). Santiago.
- Garretón, Matías u.a. (2017) (Hg.): Observatorio de Conflictos 2015-2016: disputando mitos. Santiago.
- Geos, Thomas / Bock, Violetta (2017): Ein unanständiges Angebot? Mit linkem Populismus gegen Eliten und Rechte. Köln.
- González, Felipe (2017): Die Mikrofundierung der Finanzialisierung: Statusangst und Konsumentenkredite in Chile. In: MPI for the Study of Societies. Max Planck Society (Hg.): MPIfG Jahrbuch 2017-2018. Köln: 81-86.

- Graf, Jakob / Landherr, Anna (2021): Chile: Ein Volksaufstand unter Ausgangssperre. In: Bertz, D.F. (Hg.): *Die Welt nach Corona*. Berlin: 578–586.
- (2020): Der Tanz der Überflüssigen: Klassenkämpfe im Globalen Süden am Beispiel Chiles. In: PROKLA 200 50(3): 467–489. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v50i200.1896>.
- Graf, Jakob (2021): Der Verfassungsprozess in Chile – Wie sich soziale und ökologische Konflikte gegenseitig verstärken. In: Zeitschrift LuXemburg 2/2021: 118–123.
- Gramsci, Antonio (1999): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, hg. v. Wolfgang Fritz Haug / Klaus Bochmann, Band 23. Hamburg.
- Hochschild, Arlie R. (2018): *Strangers in Their Own Land. Anger and Mourning on the American Right*. New York/London.
- Iglesias, Margarita / Valdés, Ximena (2020): La primavera Chilena. Calle, asambleas y cabildos. In: *Le Monde Diplomatique Chile* (Hrsg.): *Reforma Agraria*. Santiago: 31–36.
- Julián Vejar, Dasten (2014): Bases del modelo de valoración precario del trabajo en Chile. Aceramientos desde la política laboral y la cultura del trabajo. In: Sociológica 29(81): 119–160.
- Landherr, Anna / Graf, Jakob (2017): Neoliberal Kontinuität im politischen Wechselwind. Die Macht der besitzenden Klasse Chiles über die extractivistische Ausrichtung des Landes. In: PROKLA 189 47(4): 569–588. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v47i189.57>.
- Landeata, Laura / Herrero, Víctor A. (2021): La Revuelta. Las semanas de octubre que estremecieron Chile. Santiago.
- Larraín, Jorge (2014): Identidad chilena. Santiago de Chile.
- Matamala, Daniel (2015): Poderoso caballero. El Peso del dinero en la política chilena. Santiago.
- Mondaca Mansilla, Eduardo (2021): *El mayo chilote de 2016*. In: Alister, Cristian u.a. (Hg.): *Cuestionamientos al modelo extractivista neoliberal desde el sur* Capitalismo, territorios y resistencias. Santiago: 165–187.
- Palacios-Valladares, Indira (2020): Chile's 2019 October Protests and the Student Movement: Eventful Mobilization? In: Ciencia Política 40(2): 215–234. DOI: <https://doi.org/10.4067/S0718-090X2020005000106>.
- Piven, Frances Fox (2008): *Challenging Authority. How Ordinary People Change America*. Lanham u.a.
- Pizarro Hofer, Roberto (2020): Chile: rebelión contra el Estado subsidiario. In: El Trimestre Económico 346 87(2): 333–365. DOI: <https://doi.org/10.20430/ete.v87i346.1055>.
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Eatismus*. Hamburg.
- Radovic, Nina (2013): La movilización colectiva de la Patagonia norte de Chile: un enfoque etnográfico de las demandas de la región de Aysén 2012. URL: <https://www.aacademica.org>, 19.8.2022.
- Salazar, Gabriel (2017): *Movimientos Sociales en Chile. Trayectoria histórica y proyección política*. Santiago.
- Schmalz, Stefan / Graf, Jakob / Julián Vejar, Dasten / Sittel, Johanna / Alister, Cristian (2022): Challenging the three faces of extractivism: the Mapuche struggle and the forestry industry in Chile. In: *Globalizations*. DOI: <https://doi.org/10.1080/14747731.2022.2091867>.
- Schneider, Ben Ross (2013): *Hierarchical Capitalism in Latin America. Business, Labor, and the Challenges of Equitable Development*. New York. DOI: <https://doi.org/10.1017/CBO9781107300446>.
- Segovia, Macarena / Toro, Paulina (2022): Los cuatro días clave que llevaron al Rechazo al tope de las encuestas. URL: <https://www.ciperchile.cl/>, Zugriff: 9.9.2022.
- Svensson, Manfred (2022): Cómo la política identitaria corrompió el proceso constituyente. URL: <https://www.ciperchile.cl/>, Zugriff: 9.9.2022.
- Tauss, Aaron / Boos, Tobias (2020): *Insurrektion und Protest: Die Mobilisierungen in Ecuador, Chile, Bolivien und Kolumbien*. In: PROKLA 199 50(2): 373–393. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v50i199.1869>.

BERTZ + FISCHER

Reihe KRITISCHE WISSENSCHAFT



Hendrik Sander

Auf dem Weg zum grünen Kapitalismus?

Die Energiewende nach Fukushima

324 Seiten | 22 Fotos | Pb. | 14,8 x 21 cm

ISBN 978-3-86505-801-0 | € 19,90 [D]



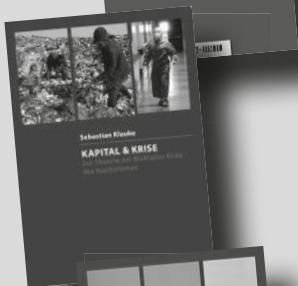
Fabian Georgi

Managing Migration?

Eine kritische Geschichte der Internationalen Organisation für Migration (IOM)

448 Seiten | Pb. | 14,8 x 21 cm

ISBN 978-3-86505-803-4 | € 25,- [D]



Sebastian Klauke

Kapital & Krise

Zur Theorie der Multiplen Krise des Kapitalismus

508 Seiten | Pb. | 14,8 x 21 cm

ISBN 978-3-86505-804-1 | € 29,- [D]



Sonja Buckel / Judith Kopp

Fluchtursachen

Das Recht, nicht gehen zu müssen,

und die Politik Europas

184 Seiten | Pb. | 14,8 x 21 cm

ISBN 978-3-86505-771-6 | € 18,- [D]

Leonie Hunter
Felix Trautmann (Hg./Ed.)
Im Sinne der Materialität
Film und Gesellschaft
nach Siegfried Kracauer
In the Sense of
Material Reality
Film and Society after
Siegfried Kracauer
Steffen Andrae Lena Appel
Daniel Fairfax Anne
Gräfe Louis Hartnoll Juliana
Müller Nora Neuhaus
Anneliese Ostertag Claudia
Young-joo Park Almut
Poppinga Heide Schlüpmann
Jochen Schuff Sebastian
Staab Franziska Wildt
IfS Aus der Reihe

BERTZ + FISCHER

Leonie Hunter /
Felix Trautmann (Hg.)
Im Sinne der Materialität
Film und Gesellschaft nach
Siegfried Kracauer
In the Sense of Material Reality
Film and Society after Siegfried
Kracauer
IfS – Aus der Reihe 1
Institut für Sozialforschung
Deutsch und Englisch
288 S., 21 teils farbige Fotos
Paperback, 11 x 17 cm
€ 20,- [D] / € 20,50 [A]
ISBN 978-3-86505-851-5

Siegfried Kracauers Filmtheorie ist mehr als eine Theorie des Films. Indem er den Film als wesentliches Reflexionsmedium der Wirklichkeit begreift, entwickelt Kracauer eine zugleich gesellschaftstheoretische, ästhetische und kulturtheoretische Perspektive auf die sozialen und politischen Fragen seiner Zeit. Im Film vermitteln sich für ihn sowohl ideologische Tagträume als auch emanzipatorische Prozesse gesellschaftlicher Selbstaufklärung. Heute »mit Kracauer« ins Kino zu gehen, bedeutet demnach, die ästhetische Erfahrung des Films nicht nur als massenkulturelle Zerstreuung, sondern auch als Hervorbringung eines kritischen Sinns zu begreifen: eines Sinns für die materielle Wirklichkeit und die in ihr schlummernden Befreiungspotenziale. Die Beiträge des Bandes knüpfen in diesem Sinne an Kracauers film- und gesellschaftskritisches Denken an.

Mit Beiträgen von / Contributions by: Steffen Andrae, Lena Appel, Daniel Fairfax, Anne Gräfe, Louis Hartnoll, Leonie Hunter, Juliana Müller, Nora Neuhaus, Anneliese Ostertag, Claudia Young-joo Park, Almut Poppinga, Heide Schlüpmann, Jochen Schuff, Sebastian Staab, Felix Trautmann, Franziska Wildt